

NDR Info Sendereihe FREIHEIT UND VERANTWORTUNG

Skript der Sendung vom 4. September 2016 | 7:15 Uhr

Humanistische Gedanken zur Kommunalwahl 2016

Am 11. September 2016, sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Derzeit herrscht die so genannte „heiße Phase“ des Wahlkampfes. Nun sehen wir wieder unsere prominenten und nicht so prominenten Politikerinnen und Politiker aus Bund, Land oder Kommunen auf den Marktplätzen, in Bürgerhäusern und Fußgängerzonen um unsere Gunst ringen. Ihr Konterfei strahlt uns von allen Straßen und Plätzen großflächig und optimistisch dreinblickend an.

Schließlich möchten sie von uns gewählt werden, um fünf weitere Jahre in den kommunalen Parlamenten darüber abzustimmen, was für uns, die Wähler, die Bürger, die Verbraucher, die Kunden, die Patienten, die Klienten, die Gäste oder ganz einfach – die Menschen – gut oder schlecht, richtig oder falsch ist.

Der Humanistische Verband Niedersachsen fühlt sich mit seiner Aufgabe als Interessenvertretung religionsfreier Menschen aufgefordert, innerhalb unserer Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und auch beim Thema Kommunalwahl genauer hinzuschauen und kritisch zu hinterfragen.

So eine Kommunalwahl ist immer eine ganz andere Wahl. Sie gibt uns die Gelegenheit, Dinge die unseren Alltag direkt betreffen, vor Ort mit denen, die es entscheiden, zu besprechen oder vielleicht sogar auch mit beeinflussen zu können. Aktive Bürgerbeteiligung ist ja wieder modern wengleich für den einen oder anderen mit nicht immer befriedigendem Ausgang, wie der Brexit gezeigt hat.

Durch die sozialen Medien und die permanente online Präsenz fast aller Menschen entgeht uns nichts mehr. Die dadurch entstehende Informationsfülle führt dazu, dass sich auch fast jeder oder jede permanent zu allem öffentlich äußern muss.

Diese hohe Transparenz und die Beteiligung daran, nutzen auch unsere Politiker gerne. Jeder Abgeordnete hat eine Homepage, eine Facebook Seite, man twittert oder postet immer zu allem etwas und die Wählerinnen und Wähler machen munter mit.

Die Menschen sind nicht mehr bereit, sich alles widerspruchslos vorsetzen zu lassen und sich damit abzufinden, was man für 5 Jahre gewählt hat. Insofern müssen die Wahlkämpfer und Kämpferinnen schon mehr vorweisen als rote Rosen, Weingummibärchen oder Kugelschreiber.

Der Wahlkampf einer Partei endet jedoch für den Humanistischen Verband nicht mit dem Wahlergebnis, sondern wie für viele andere Interessenverbände auch, mit dem Tag, an dem eine Partei die Wahl gewonnen hat und ihre Arbeit aufnimmt.

Über die gesamte Legislaturperiode verfolgt der Humanistische Verband Niedersachsen dann sehr genau, was wo und von wem entschieden wird oder eben nicht. So wie eben auch seit der letzten Wahl vor fünf Jahren, im Jahr 2011 aufmerksam hingeschaut wurde. Dabei war der Focus unseres Verbandes vor allem darauf ausgerichtet, was die Politik in dieser Zeit für religionsfreie Menschen zu bieten hatte.

In Niedersachsen zum Beispiel machen nach Angaben des Landesamtes für Statistik 31,4 % der Bürgerinnen und Bürger keine Angabe mehr zur Religionszugehörigkeit. In der Landeshauptstadt Hannover sind es sogar die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger, die keine Angaben zur Religionszugehörigkeit mehr machen.

Das heißt natürlich nicht unbedingt, dass diese Menschen nicht mehr religiös sind, es deutet aber darauf hin, dass eine exakte Verbundenheit und Zugehörigkeit zu einer Kirche oder Religion nach außen nicht mehr gewollt oder als nicht mehr existentiell notwendig erachtet wird.

Da die Statistik ohnehin nur evangelische und katholische Zugehörigkeiten exakt über die nachgewiesenen Mitgliedschaften erfassen kann, sind andere Religionszugehörigkeiten schwer zu erfassen. Insofern werden sich hinter diesen Prozentangaben sicher neben Menschen ohne religiöse Bindung viele andere Religionen und Kulturen verbergen.

Hier setzt der Humanistische Verband an und fragt: Was tut die Politik für die 31,4 % der Bürgerinnen und Bürger, die sich keiner der beiden großen Kirchen zuordnen möchten?

Nun mag dies manch einer für kleinlich oder nebensächlich halten, aber 31,4 % hätte fast jede der vielen Parteien heute gerne für sich verbucht. Und so könnte man sich als Partei ja auch mal fragen, was muss ich tun, um von dem Kuchen 31,4 % etwas abzubekommen? Wie kann ich die Interessen und Bedürfnisse von nicht- und anders religiösen Menschen angemessen in den gesellschaftlichen Alltag berücksichtigen?

Dabei fällt mir als Beispiel eine Veranstaltung der Stadt Hannover ein, bei dem unserer Auffassung nach immer noch zu eindimensional gedacht wird:

Am Samstag, den 6. August des Jahres wurde in Hannover als Partnerstadt von Hiroshima des Atombombenabwurfs gedacht. Eingeladen hatten in einem offiziellen Schreiben der Stadt Hannover der Bürgermeister und der evangelische Superintendent Höflich.

Warum wurde nicht einfach nur von der Stadt eingeladen? Schließlich handelte es sich ja nicht um eine kirchliche Veranstaltung. Erst später, nach der offiziellen Eröffnung, gab man dann auch den verschiedenen Religionsgemeinschaften die Gelegenheit eine Meditation anzubieten.

Grundsätzlich beklagt der Humanistische Verband, dass bundesweit öffentliche Feiern wie zum Beispiel auch Gedenkfeiern nach Terroranschlägen oder tragischen Unglücken, einseitig religiös ausgerichtet werden.

Unter den Opfern des Amoklaufes von München zum Beispiel war die Mehrheit muslimischen Glaubens. Warum konnte man diese Trauerfeier anstatt im Liebfrauenendom nicht in einer Moschee durchführen? Wäre dies nicht auch ein wichtiges Zeichen an unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gewesen?

Vielleicht ist dies der Grund, dass so mancher aktuell verkündete Unmut unserer- in Deutschland fest verwurzelten- türkischen Freunde auch etwas damit zu tun hat, dass sie nie das Gefühl bekommen haben, wirklich ein Teil von uns zu sein?

Anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahl hat der Humanistische Verband Niedersachsen einen Fragenkatalog entworfen. Wir befragten die Parteien unter anderem zu folgendem:

- In den städtischen Friedhöfen liegen lediglich christliche Gesangsbücher aus, die aus städtischen Mitteln finanziert wurden. Kann man von Ihrer Partei erwarten, dass sie sich dafür einsetzt, dass jegliche weltanschauliche Ausstattung allein Sachen der Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften sind und diese dort ausgelegt werden dürfen?

Oder:

- Viele Grundschulen laden in eigenen Schreiben zu Einschulungsgottesdiensten ein. Die Trennung von Staat und Kirche ist dadurch nicht gewährleistet – zumal viele Eltern und Kinder dieses Angebot nicht wahrnehmen wollen. Würde Ihre Partei sich dafür einsetzen, die Schulen zu mehr Ausgewogenheit aufzufordern?

Oder:

- Das Tanzverbot am Karfreitag ist mittlerweile noch nicht mal Christen zu vermitteln. Der Karfreitag ist ein staatlich angeordneter Feiertag. Ähnlich wie der 1. Mai kann hiermit aber

keinerlei Verpflichtung zu etwas erwachsen. Die religiöse Ausübung ist zweifelsohne zu respektieren, allerdings scheint der Zeitraum von Freitag 0:00 Uhr bis Samstag 0:00 Uhr doch stark überzogen, zumal die ganze Nacht wohl kaum jemand in der Kirche beim Gottesdienst sein wird. Darüber hinaus kann es schließlich nicht Aufgabe des Staates sein, den Bürgern vorzuschreiben, wann sie traurig oder fröhlich zu sein haben. Wird Ihre Partei sich für eine Lockerung des „Tanzverbotes“ einsetzen?

- Noch immer existiert der Paragraph im StGB 166 „Blasphemie“. Können nichtreligiöse Menschen hoffen, dass sich Ihre Partei für die Streichung einsetzt?

Diese sowie einige weitere Fragen wurden vor einigen Wochen an die CDU, SPD, FDP, Grüne, Die Linke und die AfD übermittelt.

Wie sollen wir uns also als nichtreligiöse Menschen von unseren Politikern vertreten fühlen? Ist ein Drittel der Niedersachsen nicht relevant genug, um sich als Wählergruppe mit Ihnen zu beschäftigen?

Vielleicht sind das aber auch schon die Nichtwählerinnen und -wähler, über die man sich anschließend wieder beklagen wird?

Der Humanistische Verband wird sehr genau beobachten, wo religiös-weltanschauliche Ausrichtungen einseitig sind und sich aktiv für die Pluralisierung weltanschaulicher Ausübung im öffentlichen Raum einsetzen.

Das dies noch ein weiter Weg sein kann, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Hannover:

Hier ist es auf allen städtischen Friedhöfen seit Jahrzehnten selbstverständlich, dass die Humanisten bei Trauerfeiern anstelle des christlichen Kreuzsymbols ihr eigenes Flammensymbol an den Trauerplatz stellen. Die städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind dabei kooperativ behilflich und tauschen die sich vor Ort befindlichen Symbole der jeweiligen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften bereits vor der Trauerfeier aus. Dem letzten Willen eines Verstorbenen und den Angehörigen, die nicht christlichen Glaubens sind, wird somit angemessen nachgekommen.

Seit einiger Zeit bereits erleben unsere Sprecherinnen und Sprecher auf einem Friedhof in Hannover eine gewisse Renitenz von Seiten der städtischen Angestellten. So weigern sich hier neuerdings die Friedhofsmitarbeiter das christliche Kreuz gegen das humanistische Flammensymbol auszutauschen.

Als Begründung nannte man, dass das steinerne Kreuz zu schwer und dies den Mitarbeitern nicht zuzumuten sei. Das Angebot unserer Sprecher das Kreuz selbst gegen das Flammensymbol auszutauschen wurde nicht nur abgelehnt, vielmehr wurden unsere Sprecher bedroht, dass wenn sie das Kreuz eigenmächtig austauschen würden, sie mit einem Hausverbot zu rechnen hätten. Schlussendlich kündigte einer der Mitarbeiter sogar an, das Kreuz künftig derart fixieren zu wollen, dass man es gar nicht mehr wegnehmen könnte.

Der Humanistische Verband hat sich daraufhin in großer Betroffenheit in einem Schreiben an den Oberbürgermeister wegen des Verstoßes gegen das Grundgesetz Artikel 4 Satz 2 gewandt und gegen dieses Vorgehen scharf protestiert.

Im Grundgesetz unter Artikel 4 Satz 2 heißt es immerhin: *„Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet“*.

Weiter steht im Grundgesetz:

Alle Bürger haben das Recht, ihre religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen zu leben und zu verwirklichen.

- *Niemand darf aufgrund der religiösen Überzeugung anderer in seiner eigenen Lebensführung eingeschränkt oder genötigt werden, die jeweilige Überzeugung zu übernehmen.*
- *Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind gleich zu behandeln (Art. 140 Grundgesetz).*

Die Stadtverwaltung hat in einem Schreiben bislang lediglich ihr Bedauern ausgedrückt und den Vorfall mit einem *“... Missverständnis in der Kommunikation“*. begründet.

Der Humanistische Verband sieht in diesem Verhalten der Mitarbeiter auf dem Friedhof ein Beispiel für die nach wie vor bestehende Benachteiligung und Ausgrenzung nichtreligiöser Menschen.

Nach mehreren Anfragen unsererseits hat sich mittlerweile der Oberbürgermeister in aller Form beim Humanistischen Verband entschuldigt und unterstrichen, dass von Seiten der Stadt keinerlei Diskriminierung gegenüber dem Humanistischen Verband geduldet sei. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Friedhof seien entsprechend angewiesen worden. Der Humanistische Verband hat das wohlwollend angenommen

Wir verstehen es aber dennoch weiterhin als unsere Aufgabe als Körperschaft des öffentlichen Rechts und somit Teil der öffentlichen Gesellschaft, auf derartige Missverhältnisse aufmerksam zu machen, zumal auch aus eigener Betroffenheit.

Vor allem die kommunale Politik ist hier gefordert, hat sie doch vielmehr als die große Bundespolitik den direkten Bezug zu Bürgerinnen und Bürgern und sollte hier für Klarheit sorgen.

Der Humanistische Verband selbst arbeitet in vielen Gremien auf Landes- und kommunaler Ebene mit und verleiht seinen Mitgliedern und Menschen ohne religiöser Bindung dadurch eine Stimme. Eine Akzeptanz für Menschen ohne religiöse Bindung – so lässt dieses Beispiel zumindest vermuten – scheint sich aber noch nicht bei allen durchgesetzt zu haben.

Ein gelungenes Beispiel wie man es auch anders machen kann, zeigt in Hannover das Forum der Religionen. Hier sind so gut wie alle in Hannover ansässigen Religionen vertreten, unter anderem seit knapp 10 Jahren auch die Humanisten. Dies war anfangs nicht ganz unumstritten, wie sich vielleicht so manch einer denken kann.

Mittlerweile ist der Humanistische Verband aber ein fester Bestandteil dieses Kreises und es ist völlig selbstverständlich, dass die Humanisten als Weltanschauungsverband ein Teil der religiösen und weltanschaulichen Landschaft Hannovers sind.

Bei Feierstunden wie zum Beispiel dem öffentlichen Totengedenken am Tag des Friedhofes, stehen die Humanisten mit den anderen Religionsgemeinschaften zusammen und tragen ihren Teil auf ihre Art und Weise und in Respekt vor den anderen Religionen, bei.

Dieses Forum genießt bundesweite Anerkennung – unter anderem eben wegen des großen Spektrums, seiner Toleranz und seiner Ausgewogenheit. Ein gelungenes Beispiel für den interreligiösen Dialog.

Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert, wenn sich unsere politischen Vertreterinnen und Vertreter, vor allem nach der Kommunalwahl, an dieser Vorgehensweise orientieren würden.

Gleichzeitig fordern wir alle Wahlberechtigten Niedersachsens auf, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen und zur Wahl zu gehen.